

Gesetz zu Straßenbau soll im November in den Landtag



dpa/David Ebener Zwei Bauarbeiter schauen einem Bagger beim Verteilen von Kies zu. Das Gesetz zur Neuregelung der Beiträge für den Straßenausbau soll nicht zuerst im Kabinett beschlossen werden.

Der Entwurf werde Anfang November direkt von den drei Regierungsfractionen in den Landtag eingebracht, sagte der kommunalpolitische Sprecher [der Linken](#)-Fraktion, Frank Kuschel, auf Anfrage. Die abschließende Abstimmung im Parlament sei für die letzte Sitzung vor [Weihnachten](#) geplant. Nach Kuschels Worten drückt die Zeit, weil bereits am Jahresende die ersten Gemeinden gezwungen sind, die rückwirkende Erhebung von Beiträgen zu vollziehen. Deshalb könne es nicht Thema im Kabinett sein. Am kommenden Mittwoch wolle sich der zuständige Arbeitskreis im Koalitionsausschuss damit befassen.